

lichen Restrisiko könnte man allerdings erst sprechen, wenn das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet ist und vertretbare Lösungen der Entsorgungsproblematik gefunden sind. All das steht in den Sternen, aber was wird die neue Bundesregierung dafür tun? Die Antwort ist ausnahmsweise einfach: Gar nichts.

Zur Beendigung der Atomdebatte im politischen Diskurs gehört auch das große Schweigen über Brüssel. Die deutsche Politik möchte sich nicht der Öffentlichkeit stellen, denn sie ist von Ambivalenz geprägt. Sie leistet sich einen EU-Kommissar, der nicht nur ein ausgemachter Reaktionär ist, sondern auch als Lobbyist der Nuklearbranche agiert und die Energiewende mehr oder weniger offen bekämpft. Bei Öttinger findet Cameron großes Verständnis für seine Nöte.

Die EU-Kommission ist allerdings nicht so unwichtig, daß man einen abgehalfterten Provinzpolitiker dorthin abschiebt und ihm Narrenfreiheit gewährt. Wenn Öttinger Milliarden schwere Subventionen für die Energiekonzerne, also auch und besonders für die Atomenergie, koordiniert, wenn er den sog. Stresstest für europäische AKWs nach Fukushima folgenlos im Sande verlaufen läßt oder wenn er mit Frankreich über eine Laufzeitverlängerung seiner AKWs auf 50 Jahre verhandelt, dann tut er das selbstverständlich mit Wissen und im Einvernehmen mit der Bundesregierung.

Die Bundesregierung tut also in Berlin das eine und in Brüssel das Gegenteil. Sie proklamiert zu Hause den Ausstieg und subventioniert in Europa die Atomenergie. Sie fährt zweigleisig. Wir haben einen Konsens in Deutschland und einen Konsens in Europa, der halt ein anderer ist. Sollte es hierfür überhaupt eine Strategie geben, dann sind zwei Konzepte vorstellbar.

Das eine Konzept würde darin bestehen, den deutschen Atomausstieg als temporäre Abweichung zu behandeln, die auf dem Weg über die EU früher oder später beendet wird – einen „Ausstieg aus dem Ausstieg“ hatten wir ja schon einmal. So kalkuliert natürlich die Nuklearbranche. Das andere, weitsichtigere, aber auch von nationalen Vorteilen geleitete Konzept, würde darin bestehen, daß man sich im Planungsstab der Kanzlerin sehr wohl über die strategischen Nachteile der Atomenergie bewußt ist und daß man jedes Jahr, das die europäischen Partner bei der Einführung erneuerbarer Energien verlieren, für den Ausbau eigener Wettbewerbsvorteile nutzt. Frau Merkel hält sich beide Optionen offen. Diese Politik ist ambivalent und möchte ambivalent bleiben. Das ist das Gefährliche daran. Denn der nächste GAU rückt näher und einen GAU in Europa zu vermeiden, wird immer schwieriger.

Aber keine Panik, wir haben noch siebeneinhalb Jahre. Es ist ja nicht 5 vor 12, sondern erst Viertel nach elf. [10]

1. Alle Angaben über die weltweite Verteilung von Kernreaktoren nach International Atomic Energy Agency (IAEA). Die Datenbank „Power Reaktor Information System“ kann abgefragt werden unter <http://www.iaea.org/pris>.

2. Siehe der vorbildliche Artikel im deutschen Wikipedia, http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Unfällen_in_kerntechnischen_Anlagen

3. Offizielle Klassifizierungen INES 5 und INES 6. Nur Tschernobyl und Fukushima werden als INES 7 eingestuft.

4. Demnach ist ein GAU anlagentechnisch „beherrschbar“, ein SuperGAU jedoch nicht. Der SuperGAU wird daher manchmal als „Auslegungsunfall“ bezeichnet, was meint, daß ein Ereignis eingetreten ist, für das die Anlage nicht ausgelegt war. Geht man von diesen technischen Definitionen aus, dann hat sich eine stattliche Zahl von SuperGAUs ereignet, die nie ins Bewußtsein der Öffentlichkeit vorgedrungen sind.

5. Wissenschaftler des Mainzer Max Plank-Instituts für Chemie kamen vor anderthalb Jahren mit einem anderen Ansatz zu einem ähnlichen Ergebnis. „Den Ergebnissen der Untersuchung zufolge, dürfte es einmal in 10 bis 20 Jahren zu einer Kernschmelze in einem der derzeit aktiven Reaktoren kommen.“ (Pressemeldung vom 22.5.2012)

6. Jahreszahlen müssen genannt, Fristen müssen gesetzt werden. Der chinesische Physiker He Zuoxiu, früherer Mitarbeiter im Atombombenprogramm seines Landes, „hält beim derzeitigen Ausbautempo einen schweren Atomunfall bis 2030 für sehr wahrscheinlich“ (Handelsblatt, 18.10.13). Diese Prognose bezieht sich ausschließlich auf chinesische Kraftwerke!

7. IAEA nennt 118 Reaktoren in Westeuropa und 68 in Zentral- und Osteuropa. Dabei werden russische und ukrainische Reaktoren mitgezählt. Diese muß man

abziehen, wenn man die EU betrachten will.

8. Siehe Anm. 5. „Westeuropa trägt weltweit das höchste Risiko einer radioaktiven Kontamination... Im weltweiten Vergleich tragen die Bürger im dicht besiedelten Südwestdeutschland durch die zahlreichen Kernkraftwerke an den Grenzen von Frankreich, Belgien und Deutschland das höchste Risiko einer radioaktiven Kontamination.“

9. Typischerweise glaubt das Topmanagement, wenn die Zahlen abgestimmt, die Klauseln vereinbart, die Verträge unterschrieben und die Präsentationen endlich optimiert sind, dann sei auch die Arbeit getan.

10. Die Partei, die in den Parlamenten ursprünglich „Atomkraft – nein danke“ sagte, findet in diesem Text keine Erwähnung. Es handelt sich dabei um eine Absicht des Autors, deren Umsetzung an keiner Stelle problematisch war. ●

Buchmarkt

Fukushima 360°

„Fukushima 360°“ hat Alexander Neureuter seine Sammlung von Fotos und Reportagen über das nähere und weitere Umland der havarierten Reaktoren von Fukushima genannt. Aus einer dreiwöchigen Japan-Reise im Jahr 2013 ist ein sehr schönes Buch geworden. Es lädt zum Betrachten ebenso wie zum Lesen und Nachdenken ein. Und hat eine Fülle von Informationen über sehr unschöne Probleme zusammengenommen.

Bevor man mit der eigentlichen Lektüre beginnt, lohnt ein Blick auf die Seite 190: Die untere Abbildung zeigt, was die Luftfilter von Autos im April 2011 an radioaktiven Partikeln ‚eingatmet‘ haben. Sie illustriert also, was man auf allen anderen Bildern nicht sehen kann. Jeder Halm, jedes grüne Blatt, die auf den Bildern festgehalten sind, würde ein ähnliches Muster von Flecken, Punkten und Pünktchen in größerer oder geringerer Dichte zeigen. Auch die ‚Filter‘ bei Mensch

und Tier –Schleimhaut von Nase und Mund, Atemwege und Verdauungstrakt – dürften nicht viel anders aussehen.

Die ebenfalls nicht mit den Sinnen wahrnehmbare Ortsdosis zeigt Neureuter bei Landschaftsaufnahmen gelegentlich durch die Abbildung seines Meßgeräts – der höchste Wert, den er so dokumentiert, liegt bei 21,06 µSv/h, gefunden auf einer mit Moos und Flechten bewachsenen, asphaltierten Fläche im evakuierten Gebiet in der Nähe von Iitate (S. 63). Dagegen nimmt sich der Wert von 0,67 µSv/h zwischen den Stiefmütterchen eines dekontaminierten Parks in der Stadt Koriyama geradezu harmlos aus (S. 61). Diese Dosis ist, schreibt Neureuter, 20-fach höher als vor der Katastrophe (und nicht ganz zehnmals so hoch wie in Berlin nach Tschernobyl, merkt die Rezensentin an). Daß die amtlichen Meßpunkte in der Präfabrikur Fukushima beträchtlich geringere Dosen anzeigen als

mit anderen Geräten zu messen, ist auch bei Neureuter durch Fotos belegt (S. 117).

Die verlassenen Bauernhöfe im evakuierten Iitate sind trostlos anzuschauen, die Containersiedlungen für die Evakuierten nicht weniger. (Man mag sich gar nicht vorstellen, wie die Bewohner jetzt mit dem schneereichen Winter zurechtkommen. Strom und Heizkosten müssen sie aus dem Unterstützungsgeld selber zahlen ...).

Neureuter hat aber auch einen Rinderzüchter besucht, der sich der Evakuierungsanordnung widersetzt und trotz einer Strahlenbelastung von circa 6 $\mu\text{Sv/h}$ bei seinen Rindern bleibt. Von den dreihundert Tieren seiner Herde lebte im letzten Sommer nur noch die Hälfte. Bei den Tieren kündigt sich die Krankheit zum Tod durch kleine weiße Flecken auf dem rostbraunen Fell an (S. 92). „Ich werde meine Rinder nicht töten. Sie sollen zusammen mit mir als Symbol des Atomunfalls weiterleben, bis es für uns Zeit ist zu gehen,“ sagt der 58-jährige Züchter.

Ein Bauer und Rinderzüchter an anderem, weniger verstrahlten Ort darf seine Herde nur noch im Stall halten und füttert sie mit Heu aus Australien. Während die Preise für die Kälber mit dem Makel ‚Fukushima‘ gesunken sind, sind die Produktionskosten um 40 Prozent gestiegen. Zur Zeit des Interviews hatte der Bauer trotz eines Antrags und Verhandlungen mit Tepco noch keinen einzigen Yen Entschädigung bekommen. Auf seinen Weiden steigt die Strahlung sogar an, weil Regen, Wind und Bäche die radioaktiven Substanzen von den bewaldeten Bergen immer wieder neu ins Tal bringen. Das amtlich empfohlene Abtragen der obersten Bodenschicht auf den Feldern und in den Obstgärten hält der Bauer für nicht sinnvoll – die flachen Wurzeln der Obstbäume würden beschädigt, der durch

jahrzehntelange Reiskultur entstandene fruchtbare Humus werde zerstört. „Unser Reis“ erklärt eine Bäuerin, die schon zwei Ernten vernichten mußte, „ist nicht nur ein landwirtschaftliches Produkt, das wir erzeugen und verkaufen, sondern Reis ist der ... Grundstock der japanischen Esbkkultur, etwas beinahe Heiliges, das wir verehren. Die zermürbende Ungewißheit, ob wir [die Ernte] einfahren können oder als Strahlenmüll wegwerfen müssen, zehrt ganz enorm an unseren Nerven.“ (S. 98). 2011 wurden insgesamt 17.000 Tonnen Reis auf Mülldeponien vergraben oder verbrannt.¹ Angaben zur Bodenbelastung oder zur Belastung der Ernte finden sich bei Neureuter nicht.

Ein 56-jähriger Fischer hat Haus und Boote verloren, seine Familie aber vor dem Tsunami retten können. Fischfang ist im 20 km-Umkreis um Fukushima Daiichi verboten. „Seit mehr als zwei Jahren stehe ich jetzt schon nutzlos an Land ... Wie ein Geschwür auf meiner Seele wächst in mir unaufhaltsam diese lähmende Traurigkeit, daß meine verbleibende Lebenszeit wesentlich kürzer sein könnte als die Halbwertszeit der radioaktiven Stoffe, die unser Meer verseuchen.“ (S. 104)

Und die Verbraucher? Neureuter läßt sich von den Schwierigkeiten des Einkaufs, dem Verzicht auf selbst angebautes Gemüse, der Tätigkeit einer Bürgermeßstelle in Iwaki und dem Problem des Schulessens für die Kinder erzählen.

¹ Die Reisernte 2011 durfte bis zu einer Belastung von 500 Bq/kg verkauft werden, für 2012 und folgende Jahre lag/liegt der Grenzwert bei 100 Bq/kg. Nach amtlicher Statistik lag die Reiskultur in der Präfektur Fukushima 2011 bei 353.600 Tonnen, und damit 92.100 Tonnen niedriger als im Vorjahr. d. Rez.

Die Mensa der Medizinischen Hochschule Fukushima gibt auf einer Tafel bekannt, woher die Gemüsezutaten zu ihrem Essen kommen – der Rettich und einige andere Gemüse stammen aus Fukushima. Von „... servieren mit Stolz den Rettich aus Fukushima ...“, wie der Titel dieser Reportage lautet, ist auf dem Foto der Tafel allerdings nichts zu erkennen (S. 108). (Japanische Kantinen verwenden aber, sei es aus Preis- oder ideologischen Gründen, Lebensmittel aus verstrahlten Gebieten). Diese Tafel ermöglicht immerhin den Mensabesuchern die einfache und unsichere Form der Vermeidung radioaktiver Belastung, welche Konsumenten überall in Japan versuchen: ‚bloß nichts aus der Präfektur Fukushima oder gleich aus dem ganzen Nordosten‘.

Es gibt, das sei hier angemerkt, auch in der Präfektur Fukushima Gegenden, in denen das Gemüse nur unterhalb der Nachweisgrenze belastet ist. Bei den Meßstellen der Präfekturverwaltung liegt die Nachweisgrenze im allgemeinen bei 10 Bq/kg. Die Bürgermeßstellen legen ihre Nachweisgrenze selbst fest, oft niedriger.

Die radioaktive Kontamination beschränkt sich keinesfalls auf die Präfektur Fukushima. Zum Beispiel könnten auch Karotten und Petersilie aus Chiba, die ebenfalls auf der Tafel in der Universitätsmensa stehen, belastet sein – in einigen Gegenden dieser Präfektur mußten nach dem Reaktorunglück Ernteverbote verhängt werden, die aber inzwischen aufgehoben sind. Bei der Massenverpflegung und in Supermärkten wäre es daher sinnvoll, die Cäsiumbelastung pro Kilogramm bei den einzelnen Lebensmitteln festzustellen und zu nennen.

Nebenbei: Auch die Übersetzung des Schildes, das angeblich atomkritische Veranstaltungen, Flugblätter und Poster

bis hin zum Verweis von der Universität unter Strafe stellt, ist nicht korrekt. Weder im Reportagetext noch in der Bildunterschrift auf S. 109. Das Schild ermahnt Studenten, extremistischen Gruppierungen (was immer das auch sein mag), Psycho-Sekten und betrügerischen Vereinigungen nicht auf den Leim zu gehen, die unter dem Deckmäntelchen ‚Anti-Atom‘ oder ‚Hilfe für die Katastrophenopfer‘ eigene, auch finanzielle, Zwecke verfolgen. Ohne Genehmigung der Universitätsverwaltung auf dem Gelände Poster, gleich welchen Inhalts, zu hängen oder Flugblätter zu verteilen, ist an den allermeisten japanischen Hochschulen seit langem verboten. Die Universität und die medizinische Hochschule Fukushima, als Einrichtungen der Präfektur und dem Wissenschaftsministerium MEXT unterstehend, werden wahrscheinlich Atomkritikern unter Studenten und Dozenten das Leben nicht eben leicht machen, aber das müßte anders belegt werden, als Neureuter es hier tut.

Das „weltweit befolgte ALARA-Prinzip“, dessen Einhaltung in dieser Reportage pathetisch angemahnt wird, wird weder weltweit befolgt, wie zum Beispiel die Anwohner von Uranminen wissen, noch taugt es als Argument. „As Low As Reasonably Achievable“ bedeutet gerade nicht, mit allen wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Mitteln die Strahlenbelastung möglichst vieler Menschen zu minimieren. Das ALARA-Prinzip beinhaltet einen Abwägungsprozeß, welche Mittel und Maßnahmen zu vertretbaren (‚vernünftigen‘) Kosten eine Minderung der Strahlenbelastung (auf ein ‚vernünftiges‘ = zumutbares Niveau) erreichen.

In einer anderen Reportage Neureuters ist die Wirkungsweise des ALARA-Prinzips sehr gut zu erkennen: im Interview mit dem Wirtschaftsprofessor Shimoji Masaki von

der Hannan Universität Osaka (S.64ff.). Shimoji war drei Wochen ohne Anklage inhaftiert, weil er sich gegen die Verbrennung und Verklappung radioaktiven Mülls und Schutts in normalen Müllverbrennungsanlagen in ganz Japan einsetzt. Zunächst werden die Grenzwerte für Sondermüll um das 80fache erhöht und dann werden in einem Verfahren, das bei der Bewältigung des großen Erdbebens von Kobe entwickelt wurde, die Millionen Tonnen verstrahlten Tsunami- und Erdbebenschutts zu Müllverbrennungsanlagen im ganzen Land transportiert. Ob und mit welcher Genauigkeit gemessen wird, ist zweifelhaft. Ergebnis: In Teilen der Evakuierungszone, die wiederbesiedelt werden sollen, wird die Bodenbelastung und vielleicht sogar die Ortsdosis etwas gesenkt, zum Beispiel auf die von der japanischen Regierung angestrebte Höhe von unter 20 mSv/Jahr. Dafür wird aber die Bodenbelastung in Gebieten unter der Abluftfahne der Müllverbrennungsanlagen im ganzen Land und vielleicht sogar die Ortsdosis etwas erhöht. Von der zusätzlichen Belastung der Transport- und Müllarbeiter ganz zu schweigen. Insgesamt werden also beträchtlich viel mehr Menschen für längere Zeit radioaktiver Strahlung ausgesetzt. Das ist ‚Vernunft‘ nach ALARA, weshalb man auf den Aufschrei der Internationalen Strahlenschutzkommission vergeblich warten dürfte. Noch mehr ALARA klingt in Neureuters Betrachtung über das Heraufsetzen von Grenzwerten in Japan an (S. 114 f.). Hinzu kommt das ungelöste Problem des bei Dekontaminierungsarbeiten angefallenen Erdreichs und der anderen Abfälle. Eine offizielle „Anleitung zur Minderung der Strahlendosis in der Lebensumwelt“ vom August 2011 ist auf S. 129 teilweise übersetzt, und man kann auf verschiedenen Fotos Neureuters sehen,

wie sie befolgt wurde. Was nicht an Ort und Stelle vergraben, verbrannt oder unter einer Plastikplane gelagert wird, landet in riesigen Bauschuttsäcken unter freiem Himmel. Daß ein solches Atommüll-Lager eingezäunt ist, wie das auf Seite 125 abgebildete, ist eher selten.

Was mit dem Schutt und vor allem Schlamm geplant ist, der über dem Grenzwert von 8 Millionen Becquerel pro Tonne liegt, lese man in der Reportage über den kurzen Traum vom glücklichen Leben auf dem Lande. „So funktioniert Atommüllentsorgung auf Japanisch“, wird der Naturschützer Kitamura Takashi zitiert (S. 72). Nur auf Japanisch?

Neureuter berichtet auch vom Fund eines hochradioaktiven schwarzen Pulvers, das in Minami-Soma in der Landschaft herumliegt, und auf das erstmals im Februar 2012 der Katastrophenhelfer Miura Bansho aufmerksam gemacht hatte. Es handelt sich dabei möglicherweise um Kernbrennstoff oder dessen Schlacke (S. 128). Allerdings: den „normalen Cäsium-Fallout“, den Neureuter hier anzunehmen scheint, gibt es nicht. Radiocäsium mißt sich nur leichter, und nach all den anderen freigesetzten Radionukliden wird nur sporadisch gesucht.

Mit dem Krankenpfleger und Röntgenassistenten Somemori Shin'ya, der ein Jahr lang in der Krankenstation und der Notfallversorgung für die Aufräumarbeiter von Fukushima Daiichi tätig war, sprach Neureuter über deren Arbeit und soziale Lage. Von Tepco angestellt und damit in gewissem Umfang abgesichert sind nur 10 bis 15 Prozent der Beschäftigten. Der Rest sind Leiharbeiter, die über eine Kaskade von Subunternehmern – oft im Tagelohn – beschäftigt werden und so lange arbeiten, bis sie die maximal zulässige Strahlendosis er-

reicht haben. In Fukushima Daiichi ist das schneller der Fall als im Normalbetrieb eines AKW, und es werden auch mehr gebraucht. „Fast 2.000 Leiharbeiter haben laut Tepco ... eine Strahlendosis von mehr als 100 Millisievert abbekommen. ... Laut Gesetz müßten diese Männer eigentlich alle 6 Monate auf Strahlenschäden untersucht werden. Aber die Subunternehmer kümmern sich in den meisten Fällen nicht darum, und häufig wissen die Wegwerfarbeiter auch nicht, welcher Gesamtdosis sie wirklich ausgesetzt waren,“ erklärt Somemori. Zumal auch hier die Messungen manchmal manipuliert und oft zweifelhaft sind. Mit direkten Strahlenschäden – durch Beta-Verbrennungen – hatte Somemori während seines Jahres bei Tepco nur einmal zu tun, häufiger dagegen mit Hitzeschlägen, gefährlicher Dehydrierung und mit drei Toten durch Herzschlag. Bis zu drei Schutzanzüge müssen übereinander getragen und mit Klebeband luftdicht abgeschlossen werden, das Atmen geht nur über eine Art Gasmaske, etwas zu trinken ist unmöglich. „Fight! Fukushima!“ steht auf Englisch auf dem Bus, der die Männer zur Arbeit bringt. Als ginge es zum Fußball ... (S. 132ff.) Man hätte übrigens gerne erfahren, ob die Aufräumarbeiter, aber auch die Straßenbauer, die Dekontaminationstrupps und die Polizisten an den Zugängen zur Evakuierungszone irgendeine Art sozialer Absicherung gegen die möglichen Folgen ihrer Arbeit unter hoher Strahlung bekommen.

Zur Selbstorganisation der japanischen Bürger nach dem Unfall von Fukushima zählen neben den unabhängigen Bürgermeßstellen, den Gruppen, die Kindern Ferien von der Strahlung ermöglichen, den Initiativen gegen verstrahlten Müll, der Bewegung zur Unterstützung der Evakuierten und natürlich der politischen

Anti-Atombewegung auch die Initiativen zur medizinischen Beratung und Versorgung. Eine davon ist die mit Spendenmitteln gegründete Gemeinschaftspraxis in der Stadt Fukushima, die in dem Buch vorgestellt wird, und der auch 2 Euro aus jedem verkauften Exemplar zugute kommen sollen. Der Initiator Dr. Matsu'e Hiroto, ein ehemaliger Direktor am nationalen Krebsforschungszentrum, kritisiert die abwiegelnde Haltung des Gesundheitsmanagements der Präfektur Fukushima und des dortigen Ärzteverbandes im Hinblick auf die Auffälligkeiten bei den laufenden Schilddrüsenreihenuntersuchungen (S. 162, und Genaueres dazu im Gespräch mit dem Doyen der Strahlenopfermedizin in Japan, Dr. Hida Shuntaro, S. 164). In der Gemeinschaftspraxis werden Kinder mit kleinen Knoten in der Schilddrüse alle drei Monate zur Nachuntersuchung bestellt, und die Fragen der Eltern ausführlich besprochen. Dr. Matsu'e macht auch darauf aufmerksam, daß der erzwungene Bewegungsmangel den Kindern schadet, und auch die erwachsenen Evakuierten, die vorher oft im Freien gearbeitet haben und nun zur Untätigkeit gezwungen sind, Krankheiten wie Diabetes und Bluthochdruck entwickeln.

Neureuter betrachtet und fotografiert seine Gesprächspartnerinnen und -partner, die hier nicht alle genannt werden konnten, mit viel Anteilnahme und Sympathie. Man sieht daher über einige Ungenauigkeiten in der Bezeichnung japanischer Gruppierungen und Orte hinweg. Über einige Zahlenangaben ließe sich streiten. Mir persönlich gefallen auch die leeren, nur mit einem markanten Zitat bedruckten Seiten nicht – meditieren läßt sich auch über den Fotografien, von denen ich gerne noch mehr gesehen hätte. Gewundert haben mich an verschiedenen Stellen eingestreute Bemerkungen, die

Deutschland als Muster guter Praxis im Umgang mit Strahlung erscheinen lassen könnten. In deutschen Kernkraftwerken gilt ein Grenzwert von 20 Millisievert? In japanischen auch, außer in Fukushima. Der Belag eines Tokioter Sportplatzes (ohne eine konkrete Belastungsangabe!) hätte in Deutschland als nuklearer Sondermüll entsorgt

werden müssen? Schon den Molkepulverzug vergessen, der nach Tschernobyl in Bayern vor sich hin strahlte, um nur ein Beispiel zu nennen? Die „alte“ japanische Anti-AKW-Bewegung findet bei Neureuter keine Erwähnung. Dabei hat sie gerade in der Anfangszeit der Katastrophe viel zur Information der Bürger beigetragen. Zu nennen

wäre etwa das Citizens' Nuclear Information Center in Tokio oder die Hilfsorganisation „Brücke nach Tschernobyl“.

Insgesamt zeigt das Buch sehr eindrucksvoll, wie vielschichtig die Probleme sind, denen sich Menschen nach einer Atomkatastrophe ausgesetzt sehen. **Annette Hack**

Alexander Neureuter: Fukushima 360°. Das atomgespaltene Leben der Opfer vom 11. März 2011. 44 Fotoreportagen, 196 Seiten mit 158 meist großformatigen Farbfotografien. In Kooperation mit IPPNW Deutschland im Eigenverlag des Autors, Großformat, ISBN 978-3-00-044733-4. 29,80 Euro, davon 2 Euro Spende an die Fukushima Collaborative Clinic. www.neureuters.de ●

Berlin, 28./29. März 2014

Atommüll ohne Ende

Auf der Suche nach einem besseren Umgang

Eine Tagung von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen im Umweltforum der Auferstehungskirche in Berlin

Nach dem Atomgesetz sollen die Atomkraftwerke bis 2022 abgeschaltet werden. Was bleibt, ist der über Jahre angesammelte radioaktive Müll. Wohin damit? Diese Frage wird uns und die kommenden Generationen noch lange beschäftigen. Grund genug für eine große gesellschaftliche Debatte.

Im vergangenen Jahr hatte der Deutsche Bundestag das Standortauswahlgesetz (StandAG) verabschiedet. Eine „Kommission zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ soll die Suche für ein „Endlager“ begleiten. Umweltverbände und Bürgerinitiativen hatten, wie bereits mehrfach berichtet, das Gesetz, dessen Zustandekommen und die Konstruktion der Kommission scharf kritisiert und eine Teilnahme abgelehnt.

Einige beraten derzeit, ob und unter welchen Bedingungen sie bereit sind, in dieser Kommission mitzuwirken. Wie auch immer eine solche Mitwirkung aussehen könnte: Eine Kommission genügt jedoch nicht. Ohne eine öffentliche Debatte über den Umgang mit der strahlenden Hinterlassenschaft einer verfehlten Energiepolitik wird es keine dauerhafte Lösung ge-

ben können, meint der Trägerkreis der Tagung.

Dazu soll die Tagung wichtige Impulse geben. Sie wird die aktuellen Gefahren des Atommülls – und zwar nicht nur des hochradioaktiven – aufzeigen und Raum für Debatten über den Umgang damit bieten. Die positiven und negativen Erfahrungen beim Suchverfahren für Tiefenlager von Atommüll in der Schweiz sollen ebenso Berücksichtigung finden, wie Vorschläge für eine verständigungsorientierte und demokratische Atommüllpolitik und den damit verbundenen Strukturen.

Die Tagung beginnt am 28. März 2014 um 19:00 Uhr mit einer Podiumsdiskussion, wird am 29. März um 10:00 Uhr mit vier kurzen Vorträgen von Prof. Dr. Hubert Weiger, Ursula Schönberger, Markus Busser und Reinhard Ueberhorst fortgesetzt. Ab 13:00 Uhr sind dann fünf parallel stattfindende moderierte Arbeitsgruppen vorgesehen zu den „Stärken und Schwächen existierender Beteiligungsverfahren, insbesondere beim Atommüll“, zu den „viel größeren Problemen mit Atommüll“, der „Lagerung hochradioaktiver Abfälle“, zu „Rahmenbedingungen für eine Betei-

lung“ und der „Rolle der Medien und ihrer Verantwortung beim Atomkonflikt“. Nach einer Abschließenden Präsentation der Ergebnisse der Arbeitsgruppen und einem Schlußvortrag von Roland Schüler über die „Prinzipien und Bedingungen gelingender Vermittlung in öffentlichen Konflikten und der Bedeutung von Vertrauen und Mißtrauen“ soll die Tagung schließlich gegen 17:00 Uhr enden.

Organisatoren und Träger der Veranstaltung sind der Deutsche Naturschutzring (DNR), „ausgestrahlt“, die IPPNW, der NABU, die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Danzenberg, Greenpeace, der BUND, Robin Wood, die NaturFreunde Deutschlands, die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad, die Deutsche Umweltstiftung und die Gesellschaft für Strahlenschutz.

Tagungsort ist das Umweltforum Auferstehungskirche, Pufendorfstr. 11, 10249 Berlin. Ein Tagungsbeitrag in Höhe von EURO 25,00 enthält auch die Verpflegung den Tag über. Anmeldungen werden erbeten bis zum 24. März 2014 an Sabine Spilles: sabine.spilles@dnr.de. Weitere Informationen: www.dnr.de

Die von Parteien bisher geheim gehaltene Liste der acht „Wissenschaftler“ der Atommüll-Kommission

Seit Sommer 2013 gibt es bereits eine Liste von Personen, die die acht für die Wissenschaft reservierten Plätze in der Atommüll-Kommission einnehmen sollen. Auf diese

acht Namen haben sich Union, SPD und Grüne vorläufig geeinigt, vermieden es aber bis heute, diese Liste öffentlich zu machen, beklagt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“, in einer Pressemitteilung vom 26. Februar 2014. Die politische Realität in der Atommüll-Debatte sei leider noch immer meilenweit von der angekündigten Transparenz und Beteiligung entfernt. So entstehe kein Vertrauen, sondern der Eindruck, dass bestimmte Personalien bewußt bis zum letzten Moment verschwiegen werden, um öffentliche Empörung zu vermeiden.

Jetzt steht die Einrichtung der Kommission für den 13. März 2014 auf der Tagesordnung des Bundestages. Es wird also höchste Zeit, so Stay, dass die Öffentlichkeit erfährt, welche Personen als vorgeblich „unabhängige Wissenschaftler“ auserkoren sind, in der schwierigen und schwerwiegenden Frage der Atommüll-Lagerung eine Hauptrolle zu spielen. Schließlich sollen sie acht von 16 Stimmen in der Kommission haben, wenn über die Evaluierung des Endlagersuchgesetzes, über Formen der Bürgerbeteiligung, über Grundsatzfragen der Atommüll-Lagerung und über Kriterien für einen Lagerplatz gesprochen und abgestimmt wird.

Mit den Personen wird das Ergebnis vorbestimmt

„ausgestrahlt“ stellt fest:

- Bei der Auswahl der Wissenschaftler hatte die Politik augenscheinlich nicht die